

## **Rede des Präsidenten**

### **29. Parlamentarischer Abend des Thüringer Handwerkstag e. V. am 05. Juli 2023 in Erfurt**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
willkommen zum 29. Parlamentarischen Abend des Thüringer Handwerks. Wir freuen uns sehr darüber und danken Landtagspräsidentin Birgit Pommer für die Bereitstellung der Räumlichkeiten. Werte Frau Pommer, vielen Dank für diese Gunst und die lobenden Worte über das Handwerk in Ihrer Begrüßung.

Ich begrüße an dieser Stelle sehr herzlich alle anwesenden Minister und Staatssekretäre sowie Landtagsabgeordnete. Daneben begrüße ich ganz herzlich die Hauptakteure unseres heutigen Abends – die sechs Fraktionsvorsitzenden der im Thüringer Landtag vertretenden Parteien:

- Herrn Dittes von der Partei DIE LINKE,
- Herrn Prof. Dr. Voigt von der CDU,

- Herrn Höcke von der AfD
- Herrn Hey von der SPD,
- Herrn Olaf Müller von Bündnis 90/ Die Grünen und
- Herrn Kemmerich von der FDP

Wir freuen uns, Sie für diese Gesprächsrunde gewinnen zu können. Wir dürfen auf die Diskussion gespannt sein. Ich hoffe, Sie sind es auch.

Besonders begrüßen möchte ich alle Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister sowie unsere weiteren Gäste.

Das Thema Nachhaltigkeit ist im Moment allgegenwärtig und es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, der so nachhaltig ist, wie das Handwerk. Das Handwerk bildet seinen eigenen Nachwuchs aus, integriert ausländische Menschen in die Gesellschaft und ist ein Innovationsmotor für die eigene Region. Das Handwerk ist nicht erst nachhaltig, seitdem es im Trend liegt, sondern von Grund auf. Daher ist das Motto unseres diesjährigen Parlamentarischen Abend: Von Grund auf nachhaltig – das Thüringer Handwerk! Trotz der zurückgehenden Inflationsquote erleben wir mit der gegenwärtigen Rezession eine konjunkturell schwierige Zeit.

Viele Kunden verzichten aufgrund der massiven Preissteigerungen der vergangenen anderthalb Jahre auf neue Investitionen und schieben geplante Anschaffung und Renovierungen weiter auf. Vor allem muss die Baubranche einen erheblichen Auftragsrückgang verzeichnen, wodurch die Planungssicherheit für die Unternehmen weiter abnimmt. Zudem belasten die zunehmenden bürokratischen Auflagen und die andauernden Verbotsdebatten aus Berlin die Unternehmen. Anstatt die angeschlagene Wirtschaft zu unterstützen, sorgt jeder neue Gesetzesentwurf, der aus dem Bundeswirtschaftsministerium an die Öffentlichkeit dringt, für eine weitere Verunsicherung der Unternehmerschaft. Die Politik muss wieder ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Unternehmer haben und muss damit aufhören, moralisierende und realitätsferne Entscheidungen aus dem Elfenbeinturm heraus zu treffen, die niemand aus der Praxis nachvollziehen kann. Der Staat sollte keine ideologischen Gedanken aus Berlin-Mitte fördern und den Bürgern indirekt vorwerfen, dass ihr Lebensentwurf falsch ist, nur weil sie Fleisch essen oder mit Gas heizen. Das schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch der Wirtschaft. Ohne eine starke Wirtschaft kann der Wohlstand unseres Landes nicht dauerhaft aufrechterhalten

werden. Dafür braucht es keine neuen Einschränkungen und Verbote, sondern Anreize und Offenheit gegenüber kreativen Ideen und Technologien. Strikte Vorgaben haben nie die Suche nach der besten Lösung vorangetrieben, sondern nur unnötig verzögert. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer brauchen in Zeiten der Inflation mehr Netto vom Brutto, um einen realen Wohlstandsverlust zu vermeiden und anstatt über die 4-Tage-Woche zu debattieren, sollte mehr darüber gesprochen werden, wie man zusätzliche Arbeitsanreize schaffen kann statt diese weiter zu verringern. Daher möchte ich an die Politiker appellieren, den Unternehmern mehr zu vertrauen, denn die Entwicklung guter Ideen braucht Freiräume.

Diese Freiräume können nur geschaffen werden, wenn die bürokratische Last für die Unternehmer deutlich verringert wird. Viel zu viel Zeit verschwenden die Betriebsinhaber für das Ausfüllen und Erstellen von überflüssigen Nachweispflichten und Statistiken. Wofür wurde der Normenkontrollrat geschaffen, wenn nicht um solche Probleme zu lösen? Hier herrscht von Seiten der Politik ein dringender Nachholbedarf. Gleiches gilt für den Klimaschutz. Statt ernstzunehmende Maßnahme zu ergreifen und als Staat eine Vorbildfunktion einzunehmen, werden in Erfurt

Straßen grün angestrichen und Sitzbänke an stark befahrenen Verkehrswegen aufgestellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage Sie: wer von Ihnen genießt nicht die Abgase und die Geräuschkulisse wütender Autofahrer im Feierabendverkehr an der Clara-Zetkin-Straße?

Doch nun ganz ohne Spott: Ich frage mich, weshalb nur 0,6 Prozent der Fahrzeuge der Landesverwaltung E-Autos sind, wenn die Bürger andauernd zum Umstieg aufgefordert werden. Der Freistaat muss seine Vorbildfunktion erfüllen, bevor er dasselbe von seinen Bürgern verlangen darf.

Zudem wird bei der Formulierung neuer Klimaschutzziele viel zu häufig vergessen, dass das angestrebte Ziel eines klimaneutralen Deutschlands nur mit den Handwerkern als Umsetzer der Energiewende möglich ist. Wenn unsere Energiegewinnung bis 2045 nur noch über erneuerbare Energien laufen soll, dann braucht es ausreichend Handwerker, um diese zu installieren und zu reparieren. Dabei vergisst die Politik bei der Formulierung ihrer ambitionierten Ziele viel zu häufig, die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen mit einzubeziehen und wundert sich dann im Nachhinein, warum sie ihre Ziele nicht erreicht. Die Machbarkeit und Sinnhaftigkeit eines jeden Projektes müssen

vorab bedacht werden und es dürfen keine Projekte finanziert werden, deren Mittel nicht im Haushalt eingepreist sind. Eine weitere Schuldaufnahme zulasten der kommenden Generationen muss verhindert werden! Der Bund und der Freistaat sollten sich auf Ihre Hauptaufgaben fokussieren und für Bildung, Energie, Gesundheit und Sicherheit sorgen.

Wir begrüßen es sehr, dass das neue Thüringer Schulgesetz einen verbindlichen „Tag in der Praxis“ für alle Achtklässler an den Regel-, Gemeinschafts- und Gesamtschulen vorsieht, der den Schülern einen Einblick in die tagtägliche Arbeit der Betriebe gibt aber warum gilt das nicht auch für die Gymnasiasten? Bei weitem will nicht jeder Gymnasiast ein Studium beginnen, weshalb es wichtig wäre, auch ihnen einen frühzeitigen Einblick in das Arbeiten im Betrieb zu ermöglichen. In Zeiten des akuten Fachkräftemangels müssen alle Potenziale aktiviert werden, egal welchen Bildungsabschluss, welches Geschlecht oder welche Herkunft jemand hat.

Deshalb begrüßen wir es auch, dass die Migration von Fachkräften forciert und beschleunigt werden soll. Zu lange und zu intransparent ist das bisherige Vorgehen in den verschiedenen

Ausländerbehörden im Freistaat. Im nationalen Wettbewerb um Fachkräfte aus dem Ausland muss Thüringen attraktiver werden und der Abwanderung in den Westen vorbeugen, wo der Anteil an Ausländern durchschnittlich bei ca. 15% liegt und entsprechende Verwaltungsstrukturen zum Erteilen von notwendigen Genehmigungen bestehen und diese Genehmigungen auch deutlich schneller erteilt werden können. Ohne eine gezielte Einwanderung in den Arbeitsmarkt kann die positive wirtschaftliche Entwicklung Thüringens seit der Wiedervereinigung nicht aufrechterhalten werden. Daher muss die Politik dafür sorgen, dass Flüchtlinge und Migrant\*innen schneller und reibungsloser in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse eintreten können.

Laut Prognosen der Bundesagentur für Arbeit werden in Thüringen bis 2040 rund 300.000 Erwerbstätige altersbedingt ausscheiden. Thüringen ist neben Sachsen-Anhalt das Bundesland, das in Deutschland am stärksten vom demografischen Arbeitskräfteverlust betroffen ist. Auf zwei altersbedingte Aussteiger aus dem Arbeitsmarkt komme nur ein Einsteiger. Es ist daher entscheidend, dass wir alle Potenziale zur Fachkräftesicherung in Thüringen nutzen müssen. Der immense

Bedarf an Fachkräften in den kommenden Jahren ist nicht ohne Zuwanderung zu decken. Es brauche künftig noch mehr ausländische Arbeitskräfte in Thüringen. Doch damit diese Arbeitskräfte auch kommen und dauerhaft bleiben wollen, müssen wir sie besser in unsere Gesellschaft integrieren. Das erfordert den Willen und das Können der Migranten sich in die Thüringer Gesellschaft zu integrieren aber auch unsere Bereitschaft diese Menschen offen willkommen zu heißen. Das Gelingen dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wird in den nächsten Jahren zentral sein, um die Folgen des demografischen Wandels aufzufangen.

Neben Arbeitnehmern fehlen uns im Handwerk aber auch potenzielle Arbeitgeber. Viele Unternehmensinhaber kleiner Handwerksbetriebe stehen in den nächsten Jahren vor der Übergabe und die Meisten haben noch keinen Nachfolger gefunden. Entweder haben die eigenen Kinder kein Interesse an einer Übernahme oder es fehlt schlichtweg an übernahmeinteressierten, jungen Meistern, weil diese bei ihrem Chef sehen, mit welchen Auflagen und Vorgaben dieser tagtäglich zu kämpfen hat. So etwas macht Betriebsübernahmen unattraktiv und die Politik muss dringend Maßnahmen ergreifen,



um dies zu ändern. Nur mit bürokratischen und finanziellen Entlastungen kann man mehr erfolgreiche Betriebsübergaben organisieren und so die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum langfristig erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
das Handwerk befindet sich in einer schwierigen Phase – Aufträge brechen weg, Einkaufspreise steigen und aufgrund des demografischen Wandels fehlt es sowohl an Fachkräften als auch an potenziellen Betriebsübernehmern. Daher fordert das Handwerk die Politik auf, z.B. die Entlastung von bürokratischen Hürden und staatlichen Auflagen, einzuleiten.

Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, um an die hier anwesenden Politiker zu appellieren, das Handwerk zu unterstützen. Wenn die Energiewende gelingen sollen, dann müssen sinnvolle Förderprogramme, wie Solar Invest, wiederbelebt und mit umfangreichen Fördermitteltöpfen ausgestattet werden. Zudem müssen Betriebsübergaben entbürokratisiert und finanziell erleichtert werden.

Auch an die Handwerker unter Ihnen möchte ich appellieren, dass die Energiewende nur gemeinsam umgesetzt werden kann. Nutzen Sie die vorhandenen Förderprogramme und die, die hoffentlich bald folgen werden. Außerdem möchte ich Sie um die Aufnahme ausländischer Fachkräfte bitten, denn ohne Menschen, die von außerhalb kommen und hier arbeiten wollen, wird die Thüringer Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht aufrechterhalten können. Damit dies nicht geschieht, müssen wir gemeinsam an Lösungen arbeiten und umsetzen.

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,  
wir erwarten von Ihnen in diesem Zusammenhang klare und prägnante Antworten, auf die wir Handwerker uns stützen können. Gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, brauchen wir von Ihnen, unseren politischen Vertretern, eindeutige und verlässliche Aussagen, an denen wir uns festhalten können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen angenehmen und interessanten Abend und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe nun mein Wort an den Moderator der Diskussion, Herrn Steffen Range.

*Es gilt das gesprochene Wort.*